

Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Kriminalität und Gewalt entschieden bekämpfen

Bundesinnenminister Rudolf Seiters und Generalsekretär Peter Hintze haben am 11. Mai auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus den Antrag des Bundesvorstandes „Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken“ an den 4. Parteitag der CDU in Berlin vorgestellt:

Der Kampf gegen die anwachsende Kriminalität und die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft ist eine der zentralen innenpolitischen Herausforderungen. Mehr als sechs Millionen Straftaten wurden im vergangenen Jahr in Deutschland registriert. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich angesichts dieser Entwicklung verunsichert, bedroht und gefährdet. Sie erwarten zu Recht, daß der Staat alles daransetzt, um Kriminalität und Gewalt nachhaltig entgegenzutreten.

Die Innere Sicherheit ist für die Union seit jeher ein außerordentlich wichtiges Thema. Die CDU ist der Auffassung, daß der Kampf gegen Kriminalität und Gewalt einen höheren Stellenwert erhalten muß. Der Bundesvorstand hat sich daher entschlossen, dieses Thema zu einem Schwerpunkt des 4. Parteitages der CDU Deutschlands vom 12. bis 14. September 1993 in Berlin zu machen.

Der Parteitag wird ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Stärkung der

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Konjunktur**
Das Frühjahrsgutachten bestätigt die finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung. Seite 5
- **Asyl**
Internationale Solidarität und faire Lastenverteilung verwirklicht. Seite 7
- **Arbeitsmarkt**
Arbeitslosenzahlen rückläufig. Seite 9
- **Umweltschutz**
Kein Stop & Go in der Umweltpolitik. Seite 12
- **Raumordnung**
CDU will in ganz Niedersachsen gleichwertige Lebensverhältnisse. Seite 16

Dokumentation

Kriminalität entschlossen bekämpfen — Innere Sicherheit stärken. Grüner Teil.

- Die Dokumentation ist ab sofort auch als Broschüre in Versmold erhältlich: Bestell-Nr. 5599, Verpackungseinheit: 50 Exemplare; Preis je Verpackungseinheit: 19,— DM.

(Fortsetzung von Seite 1)

Inneren Sicherheit diskutieren und verabschieden, zu dem der Bundesvorstand am 3. Mai 1993 den vorliegenden, von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesinnenminister Rudolf Seiters vorbereiteten Antrag beraten und beschlossen hat **(Wortlaut: Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)**.

Die CDU tritt für eine wehrhafte Demokratie und für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. Nur der Staat, der sich gegen die Bedrohung des inneren Friedens entschlossen zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher konsequent zur Verantwortung zieht, wird vom Vertrauen seiner Bürger getragen. Leider haben noch längst nicht alle den Ernst der Lage begriffen.

Dies zeigt ein Blick auf die Diskussion in anderen politischen Parteien, aber beispielsweise auch auf Veranstaltungen wie den Strafverteidiger-Kongreß vom vergangenen Wochenende in München. Mit der CDU wird es jedenfalls weder eine resignative Flucht in die „Legalisierung“ im Drogenbereich oder in die Entkriminalisierung sogenannter „Bagatelldelikte“ bei der Massenkriminalität geben noch eine Kapitulation vor dem organisierten Verbrechen oder vor politisch motivierten Gewalttätern.

Statt sogenannter „Liberalisierung“ ist eine Verbesserung des rechtlichen Instrumentariums gefordert. Dies gilt zum einen im Hinblick auf die zunehmende Gewalt: Die CDU tritt für eine Anhebung des Strafmaßes, eine Verschärfung des Untersuchungshaftrechtes sowie für eine Neufassung des Landfriedensbruchparagrafen ein.

Handlungsbedarf besteht zum anderen auch hinsichtlich der organisierten Kriminalität: Im Geldwäschegesetz müssen die Privilegien für Berufsheimlichkeitsbesitzer bei der Kundenidentifizierung abgeschafft werden; die rechtlichen Voraussetzungen

zum Einsatz technischer Mittel müssen geschaffen werden, damit Verbrecher auch in Wohnungen abgehört und deren Gespräche aufgezeichnet werden können; verdeckten Ermittlern müssen begrenzte, milieubedingte Normverletzungen gesetzlich zugestanden werden.

Die CDU steht zur Polizei. Sie verdient Vertrauen, Dank, Anerkennung und Unterstützung. Die Polizei kann ihre schwierige Aufgabe nur bewältigen, wenn sie personell, rechtlich und logistisch dafür hinreichend gerüstet ist. Attraktivität und Rahmenbedingungen des Polizeiberufes, einschließlich des Dienstes im Bundesgrenzschutz, müssen verbessert werden.

Die Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt ist nicht nur Aufgabe des Staates. Alleine mit den Mitteln der Polizei und der Justiz kann diese Herausforderung nicht bewältigt werden. Elternhaus, Schule, Medien — alle gesellschaftlichen Kräfte können und müssen dazu ihren Beitrag leisten. Kriminalitätsbekämpfung geht alle an; sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Intensive Diskussion erwünscht

In einem Brief an die Vorsitzenden der Landesverbände, der Bezirks- und Kreisverbände und der Bundesvereinigungen hat Generalsekretär Peter Hintze dazu aufgefordert, diesen Antrag des Bundesvorstandes in den Gremien intensiv zu diskutieren und Ergänzungs- und Änderungsanträge an den 4. Parteitag zu erarbeiten. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß sich dieser Antrag auch sehr gut als Grundlage für öffentliche Anhörungen — etwa mit Vertretern der Polizei — eignet.

Die Ergänzungs- und Änderungsanträge müssen der Bundesgeschäftsstelle bis zum 16. August 1993 vorliegen.

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Die SPD: „Unten verzweifelt, in der Mitte ratlos, oben hilflos“

„Die SPD ist in der schwersten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte. Diese Krise ist inhaltlicher und personeller Natur. Sie existiert an der Basis und an der Spitze.“

Mit diesen Worten beschrieb der Bundestagsabgeordnete Horst Peter die aktuelle Verfassung seiner Partei (FAZ, 11. 4. 93). Auch nach dem Rücktritt Engholms ist damit klar: „Die SPD (befindet sich) im freien Fall.“ (Frankfurter Rundschau, 3. 5. 93)

SPD im Personalstreit

Die SPD ist völlig im Personalstreit um die Engholm-Nachfolge gefesselt und nicht in der Lage, politische Sacharbeit zu leisten. In Anspielung auf das Drängen Gerhard Schröders, Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender der SPD zu werden, erklärte Fraktionschef Klose: „Frühe Vögel frißt die Katze.“ (Die Welt, 7. 5. 93) Doch auch die anderen Anwärter versprechen keine Besserung: „Es gibt keine Führungsfigur, die im Augenblick wirklich etwas durchsetzen kann“, urteilt Erhard Eppler über seine Partei. (Focus, 18/93)

SPD-Basis resigniert

Dies liegt nicht zuletzt an der isolierten Position der Parteispitze. Hans Apel analysiert scharf: „Die heutige SPD-Führung hat den Kontakt zur Parteibasis verloren.“ (Ebda.) Entsprechend schlecht ist auch die Stimmung an der SPD-Basis. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender in NRW, beschreibt sie mit den Worten: „Ganz schlecht, tief verunsichert und resignativ.“ (Neue Rheinzeitung, 7. 5. 93)

chert und resignativ.“ (Neue Rheinzeitung, 7. 5. 93)

SPD in der Doppelkrise

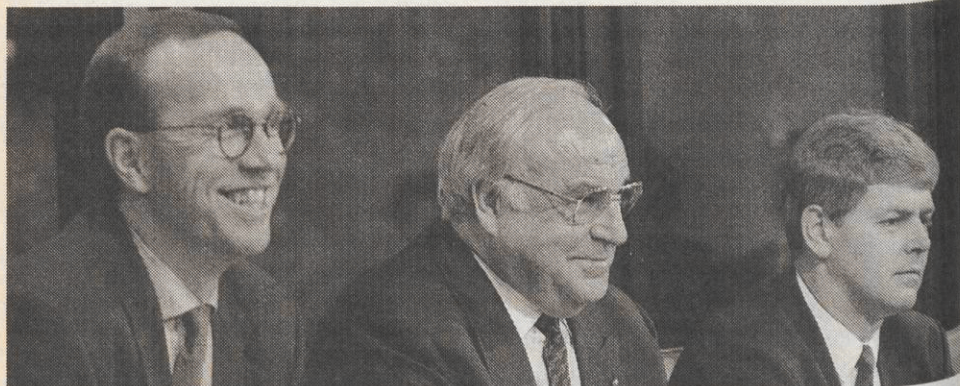
Engholms Abgang offenbart die Doppelkrise der SPD: sie ist sowohl führungs- als auch orientierungslos. Friedhelm Farthmann: „Die Unzulänglichkeiten und Widersprüche, die es gegeben hat, deren Ursache liegt in Wirklichkeit in einer programmatischen Zerrissenheit unserer Partei.“ (ZDF, 17. 3. 93)

SPD im Richtungsstreit

Derweil ist die Richtungsbestimmung der SPD für die Zukunft völlig offen. Dazu Hans-Ulrich Klose vieldeutig: „Manch einer hat allerdings, wenn über Personalien geredet wird, noch anderes im Kopf, nämlich ob nicht eine neue Richtung in der SPD durchgesetzt werden soll.“ (NOZ, 6. 5. 93) Bei so viel Ungewißheit kommentiert selbst die SPD-nahe Frankfurter Rundschau: „Unten verzweifelt, in der Mitte ratlos, oben hilflos — arme SPD“. (11. 5. 93)

So wird denn zur Zeit heftig über mögliche Koalitionen der SPD diskutiert. Während Schröder rot-grün als „einzig realistische“ Perspektive für die SPD bezeichnet (FAZ, 11. 5. 93), kommt der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Nigge-meier zu dem Schluß: „Ein Industrieland, wie es Nordrhein-Westfalen ist und auch einige andere Bundesländer sind, (kann) nicht erfolgreich mit den Grünen regiert werden. Das trifft umso mehr auf die Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit zu.“ (Handelsblatt, 7. 5. 93) ■

Neu im Bundeskabinett: Paul Krüger



Zum neuen Bundesverkehrsminister hat Bundeskanzler Helmut Kohl nach dem Rücktritt von Günther Krause dem Bundespräsidenten den bisherigen Forschungsminister Matthias Wissmann vorgeschlagen. Neuer Bundesforschungsminister wird Paul Krüger aus Neubrandenburg. — Paul Krüger ist gelernter Dreher und promovierter Diplom-Ingenieur mit der Fachrichtung Maschinenbau. Seit 1989 ist er Mitglied der CDU, seit 1990 Mitglied des Kreisvorstandes Neubrandenburg und des Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern. Vom 18. März bis 2. Oktober 1990 war er Mitglied der Volkskammer, Mitglied des Präsidiums der Volkskammer und

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/DA-Fraktion. Seit 3. Oktober 1990 ist er Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern. Seit Beginn der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags bis März dieses Jahres Mitglied im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, seitdem Mitglied im Bundestagsausschuß Treuhandanstalt und Vorsitzender der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieses Ausschusses und in dieser Funktion Fraktionssprecher für die Angelegenheiten der Treuhandanstalt in Berlin.

Ost-Senioren zufrieden

Insgesamt 52 Prozent der über drei Millionen Senioren in Ostdeutschland sind nach einem „Altenreport 92“ des Vereins Volkssolidarität Berlin mit ihrer Situation nach der Wende zufrieden.

Wie die Organisation in Bonn bekanntgab, bezeichneten 47 Prozent

der bei der Erhebung befragten Personen über 60 Jahre die eigene wirtschaftliche Lage als gut und fünf Prozent als sehr gut.

Rund 40 Prozent bewerteten ihre Situation mit teils gut und teils schlecht. Ausgesprochen schlecht nannten rund neun Prozent ihre Lage. Die Wertung „sehr schlecht“ wurde dagegen von keinem Befragten über 60 Jahren gegeben.

Frühjahrgutachten bestätigt Beschlüsse der Bundesregierung

Zum Frühjahrgutachten der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Die Forschungsinstitute bestätigen: Mit dem Föderalen Konsolidierungs-Programm (FKP) sind die Weichen für eine mittelfristige Rückführung des Staatsdefizits und eine Entlastung des Kapitalmarktes gestellt. In den kommenden Jahren muß der eingeschlagene Sparkurs konsequent fortgeführt werden, damit die Staatsausgabenquote wieder zurückgeführt und Spielraum für den Abbau der vorübergehend höheren Steuer- und Abgabebelastung gewonnen werden kann. Dazu bedarf es der permanenten Überprüfung und Einschränkung staatlicher Leistungen.

Die Institute weisen mit Recht darauf hin, daß Länder und Gemeinden in Westdeutschland sich stärker an der Bewältigung der Lasten der Deutschen Einheit beteiligen müssen. Auch diese müssen ihren Ausgabenzuwachs begrenzen, damit die mittelfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte insgesamt nachhaltig vorankommt. Die Institute betonen die Notwendigkeit, in den neuen Bundesländern die eigenen Anstrengungen zum wirtschaftlichen Aufbau zu verstärken. Hierzu sind mit den Beschlüssen des Föderalen Konsolidierungs-Programms die Voraussetzungen geschaffen worden.

Bei dieser mittelfristigen finanzpolitischen Orientierung ist es auch im Urteil der Institute richtig, die vorübergehende konjunkturelle Erhöhung staatlicher Defizite hinzunehmen und die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen.

Kreditfinanzierte Nachfrageprogramme sind auch im Urteil der Forschungsinstitute weder angezeigt noch finanzpolitisch vertretbar. Besitzstandsdenken und Verteilungsstreit müssen überwunden werden, damit die von den Instituten zum Jahresende erwartete wirtschaftliche Erholung gestärkt wird.

Angesichts der gegenwärtigen konjunkturellen Schwäche ist die Feststellung der Institute von besonderer Bedeutung, daß fundamentaler Pessimismus bei der weiteren Entwicklung in Westdeutschland nicht angebracht ist und bestehende strukturelle Probleme in der Rezession tendenziell überschätzt werden. Trotz bestehender Risiken sehen die Institute gute Chancen, daß beim richtigen Zusammenspiel der Lohn-, Geld- und Finanzpolitik wieder ein dauerhaftes Wachstum und zunehmende Beschäftigung erreicht werden können.

Sicherung industrieller Kerne

Mit Recht kritisieren die Institute, daß die Treuhandanstalt von zu vielen Seiten unter Druck steht, Geld auszugeben. Dieser Druck ist problematisch, wenn er Erfordernisse der Wirtschaftlichkeit vernachlässigt und den Strukturwandel zur Förderung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze hemmt. Der finanzielle Rahmen der Treuhandanstalt ermöglicht eine aktive Politik zur Sicherung und Erhaltung industrieller Kerne. Dieser Rahmen muß eingehalten werden.

Auch zukünftig muß es dabei bleiben: Nur sanierungsfähige Unternehmen erhalten die zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Finanzmittel.

Asylbewerberzahlen April 1993

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat April 1993 43.243 Asylbewerber (Vormonat 43.731) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Rumänien:	12.586 (Vormonat: 14.343)
ehem. Jugosl.:	11.176 (Vormonat: 9.149)
Bulgarien:	3.157 (Vormonat: 4.133)
ehem. UdSSR:	2.522 (Vormonat: 1.563)
Türkei:	1.929 (Vormonat: 2.116)
Vietnam:	1.563 (Vormonat: 1.387)
Algerien:	1.118 (Vormonat: 1.201)
China:	793 (Vormonat: 623)
Albanien:	577 (Vormonat: 614)
Indien:	544 (Vormonat: 604)

Die Zahl der Asylbewerber im April 1993 ist im Vergleich zum Vormonat leicht zurückgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar—April 1992 (124.050 Asylbewerber) ist allerdings eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen. Januar bis April 1993: 161.320 Asylbewerber. Dies entspricht einer Steigerung von rd. 30 Prozent.

Die Reihenfolge derjenigen Länder, aus denen die meisten Asylbewerber kommen, ist unverändert geblieben. An der

Spitze steht nach wie vor Rumänien mit 12.586 Personen (Anteil von 29 Prozent), gefolgt vom ehemaligen Jugoslawien, Bulgarien und der Türkei.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im April 31.683 Asylbewerber. Das sind 73,3 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 68,1 Prozent (29.454 Personen).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen im April insgesamt 11.176 Asylbewerber, und zwar 9.038 aus Serbien, Montenegro, Mazedonien und Kosovo sowie 1.968 aus Bosnien-Herzegowina, 163 aus Kroatien und 7 aus Slowenien.

Im Monat April hat das Bundesamt über die Anträge von 41.251 Personen entschieden. Anerkannt wurden 701 Personen (1,7 Prozent), abgelehnt 25.269 Personen (61,3 Prozent), sonstwie erledigt wurden die Anträge von 15.281 Personen (37,0 Prozent).

In den ersten vier Monaten d. J. hat das Bundesamt Entscheidungen zu 148.807 Personen getroffen; darunter 2.847 Anerkennungen (1,9 Prozent), 96.683 Ablehnungen (65 Prozent) und 49.277 sonstige Erledigungen (33,1 Prozent). Diese Erledigungen sind überwiegend Fälle des § 33 Asylverfahrensgesetz („Nichtbetreiben des Verfahrens“).

Ein großer Schritt zur Lösung der Asylproblematik

Zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Asylvertrages erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU begrüßt, daß durch das entschlossene Handeln von Bundesinnenminister Seiters der deutsch-polnische Asylvertrag unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Damit ist ein

großer Schritt zur Lösung der Asylproblematik getan.

Einer zügigen Verabschiedung der Asylgesetze im Mai und ihrer wirksamen Umsetzung steht nichts mehr im Wege. Zugleich ist dieser Vertrag ein weiteres Beispiel für die vertiefte deutsch-polnische Partnerschaft.

Internationale Solidarität und faire Lastenverteilung verwirklicht

Mit dem Asylkompromiß vom 6. Dezember 1992 soll die Zuwanderung nach Deutschland begrenzt und gesteuert werden sowie der Mißbrauch des Asylrechts verhindert und der Schutz tatsächlich politisch Verfolgter gewährleistet werden.

Die Vereinbarungen sehen unter anderem vor, daß Asylrecht nicht genießt, wer aus einem Drittstaat einreist, in dem die Anwendung der Genfer Konvention und der europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt werden. Hiernach wurde auch die Republik Polen als sicherer Drittstaat eingestuft.

Um nicht einzelne Länder durch die Feststellung als verfolgungssichere Drittstaaten mit den Auswirkungen von Wanderungsbewegungen, insbesondere aus Osteuropa, unverhältnismäßig zu belasten, tritt die Bundesrepublik Deutschland für eine europäische Lastenverteilung ein. Im Vorgriff auf eine europäische Lastenteilung waren unter anderem mit Polen Gespräche zu führen.

Grundlage dieser Gespräche war ein Angebot über administrative und finanzielle Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingsprobleme sowie Regelungen zur Lastenverteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in besonderen Situationen.

Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Unmittelbar nach dem Asylkompromiß vom 6. Dezember 1992 habe ich mit der Regierung der Republik Polen die Gespräche aufgenommen. Die sehr intensiven Verhandlungen waren geprägt von dem guten nachbarschaftlichen Geist beider Staaten. Sie wurden in einer besonders vertrauensvollen Atmosphäre geführt.

Klares Ziel dieser Verhandlungen war es, eine Überforderung Polens durch die Neuregelung des deutschen Asylrechts zu vermeiden. Es entspricht meiner vollen Überzeugung, daß die Änderungen unseres Asylrechts nicht zu einer einseitigen Belastung der osteuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands führen darf.

Mit dem heute unterzeichneten Abkommen haben Polen und Deutschland eine Vereinbarung getroffen, die den deutschen und

Bundesinnenminister Rudolf Seiters und sein polnischer Amtskollege Andrzej Milczanowski unterzeichneten am 7. Mai das deutsch-polnische Abkommen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen.

polnischen Interessen gleichermaßen Rechnung trägt.

Damit werden erstmals die internationale Solidarität und eine faire Lastenverteilung verwirklicht, die sich aus den verstärkten Wanderungsbewegungen insbesondere in Osteuropa ergeben. Das Abkommen hat Modellcharakter für weitere entsprechende Vereinbarungen. Es ist beispielgebend für einen fairen und partnerschaftlichen Umgang der Staaten in Europa.

Der erreichte Konsens sollte auch als Signal für unsere Nachbarstaaten, auch für unsere Partner innerhalb der Europäi-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es ist dies schon immer ein Angebot für „Einsteiger“ in die Kommunalpolitik gewesen. Aber auch von erfahrenen Mandatsträgern ist oft bestätigt worden, daß sie vom Besuch dieser Veranstaltungsreihe auf vielfältige Weise profitiert haben.

Der Titel:

Das kommunalpolitische Seminar

Die Stufen im einzelnen:

- Politik in der Gemeinde — Eine Einführung (Grundstudien)
- Haushalt und Finanzen (Aufbaustudien I)
- Zukunftsaufgaben für Planen und Bauen (Aufbaustudien II)

- Politik will verkauft sein (Hauptstudien)

Die nächsten Termine von Grundstudien:

- ▶ 9. bis 14. August 1993
- ▶ 17. bis 22. Oktober 1993
- ▶ 5. bis 10. Dezember 1993

Die Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Arbeitsbereich Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling

schen Gemeinschaft verstanden werden, die mit den gleichen Problemen belastet sind.

Inhaltlich ist folgendes hervorzuheben:

- Die Republik Polen bekennt sich klar zu ihren Verpflichtungen aus dem Schengen-Rückübernahmeabkommen von 1991. Dies wird auch deutlich in der vereinbarten Rückübernahmepflicht von 6 Monaten, bis zu der Personen rücküberstellt werden können.
- Die Bundesrepublik Deutschland wird keine Personen rücküberstellen, die vor dem Inkrafttreten des neuen deutschen Asylrechts über Polen nach Deutschland gelangt sind.
- Im Jahre 1993 wird die Zahl der zurückzuführenden Personen auf 10.000 begrenzt.
- Deutschland hat sich verpflichtet, bei außergewöhnlichen Ereignissen, die zu einem sprunghaften oder massiven Zustrom von Zuwanderern auf das Gebiet der Republik Polen führen,

bestimmten Gruppen dieser Personen die Einreise zu gestatten.

- Deutschland gewährt der Republik Polen in erheblichem Umfang finanzielle Leistungen zum Aufbau von Einrichtungen zur Aufnahme und zum Aufenthalt von Flüchtlingen und Asylbewerbern, zur Sicherung der polnischen Grenze sowie zur Durchführung von Rückführungsmaßnahmen. In den Jahren 1993 und 1994 wird Deutschland der Republik Polen eine Finanzhilfe von insgesamt 120 Mio. DM gewähren.
- Polen wird mit der Durchführung eigener Asylverfahren selbst die Lasten mittragen, die durch illegale Wanderungsbewegungen entstehen. Dabei wird es die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention beachten.
- Das Abkommen bestätigt die echte Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen, die schon im Freundschaftsvertrag festgelegt worden ist. ■

Arbeitslosenzahlen rückläufig

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu den neuesten Arbeitsmarktdaten:

Charakteristisch für die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Monat April ist der Rückgang auf breiter Front. Nicht nur die Arbeitslosenzahlen im Westen sind mit 2.196.743 und in den neuen Bundesländern mit 1.117.883 rückläufig, sondern auch die Zahl der in Kurzarbeit Beschäftigten und die der Leistungsempfänger sind in ganz Deutschland deutlich gesunken. Unter Berücksichtigung saisonaler Einflüsse können die Bewegungen am Arbeitsmarkt als erste Beruhigung der negativen Entwicklung der vergangenen Monate gedeutet werden.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklung wird deutlich, daß die prognostizierten sieben Millionen Arbeitslosen des zurückgetretenen SPD-Kanzlerkandidaten Engholm eine unhaltbare Horrorvision sind. Auch seinen Vorschlag eines auf Dauer subventionierten zweiten Arbeitsmarktes wollen die Bürger nicht. Damit versucht die Opposition — wider besseres Wissen — das gescheiterte Modell vom „DDR-Sozialismus“ durch die Hintertür bei uns einzuführen — dies ist in der Sache völlig verfehlt. Kontinuierliche Fortführung unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die richtige Antwort auf die geschwächte Konjunktur.

Mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist in den alten und neuen Bundesländern ein Niveau von unvorhersehbarer Höhe erreicht worden. Allein in diesem Jahr investieren wir über 55 Milliarden in die aktive Arbeitsmarktpolitik, das ist fünfmal mehr als 1982. Speziell für die neuen Bundesländer haben wir die Ausgaben

von 19,3 Milliarden DM im Jahre 1991 auf rd. 40 Milliarden DM in diesem Jahr gesteigert. Selbstverständlich hat dabei die Intensität bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland nicht abgenommen; im Gegenteil, 1992 wurden rund 19 Milliarden für aktive Arbeitsmarktpolitik in den alten Ländern ausgegeben.

Aber gerade jetzt, wo jede einzelne Mark für mehr Chancen am Arbeitsmarkt benötigt wird, hat die Allgemeinheit kein Verständnis dafür, daß sich einige wenige Bürger auf Kosten der Beitragszahler ein bequemes Leben machen.

Hier sage ich deutlich, daß Mißbrauch von Sozialleistungen kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an der Gemeinschaft

Louven: Wir wollen keine Beitragssatzerhöhung zur Arbeitslosenversicherung.

der Beitragszahler ist. Mit unseren Überlegungen zum Umbau des Sozialstaates wollen wir diesen Mißstand unnachgiebig bekämpfen.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nicht nur der aktiven Arbeitsmarktpolitik an geänderte Arbeitsmarktlagen sind erforderlich, sondern darüber hinaus Strukturreformen bei der Arbeitslosenversicherung grundlegender Natur. Dies ist unsere Antwort. Wir wollen keine Beitragssatzerhöhung zur Arbeitslosenversicherung, sondern streben in unseren Überlegungen sowohl eine gerechtere Lastenverteilung als auch eine Rückführung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit auf den eigentlichen Kernbereich der Arbeitslosenversicherung an. Nur so werden wir den Industriestandort Deutschland auf Dauer sichern. ■

Naturheilmittel auf der Positivliste

Durch das am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Gesundheitsstrukturgesetz sind die gesetzlichen Regelungen für die Verordnungsfähigkeit von Arzneimitteln in der gesetzlichen Krankenversicherung neu gestaltet worden:

An die Stelle der im geltenden Recht vorgesehenen Ausschlüsse von Arzneimitteln aus der Leistungspflicht der Krankenkassen soll eine Zusammenstellung der verordnungsfähigen Arzneimittel treten („Positivliste“). Diese Liste wird von einem beim Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen errichteten Institut „Arzneimittel in der Krankenversicherung“ bis zum 30. Juni 1995 erstellt.

Dieses Institut besteht aus insgesamt 11 Sachverständigen der Pharmakologie, der Medizin, der Pharmazie sowie der besonderen Therapierichtungen (Homöopathie, Phytotherapie, Anthroposophie). Die Sachverständigen werden vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen mit Zustimmung des Bundesministers für Gesundheit berufen.

Bei dieser Regelung werden die Besonderheiten der Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen in umfassender Weise berücksichtigt. So ist jeweils ein Sachverständiger der besonderen Therapierichtungen (Phytotherapie, Homöopathie und Anthroposophie) als Mitglied des Instituts „Arzneimittel in der Krankenversicherung“ zu berufen. Vor allem aber ist im Gesetz konkretisiert, welche Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen in die Liste verordnungsfähiger Arzneimittel aufzunehmen sind.

Es handelt sich dabei um Mittel, die zugelassen oder von der Zulassung freigestellt sind (Standortzulassung) oder für die eine positive Bewertung in Form

einer Monographie der jeweiligen Expertenkommission beim Bundesgesundheitsamt vorliegt.

Soweit es sich um registrierte Arzneimittel der Homöopathie oder Anthroposophie handelt, erfolgt eine Aufnahme in die Liste, wenn sie in ihrer stofflichen Zusammensetzung einem zugelassenen oder positiv bewerteten Arzneimittel entsprechen. Für eine Übergangszeit werden auch solche Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen in die Liste aufgenommen, die nach dem Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts als zuge-

Das Gesetz konkretisiert, welche Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen in die Liste der verordnungsfähigen Arzneimittel aufzunehmen sind.

lassen gelten („Altpreparate“). Eine Herausnahme dieser Mittel erfolgt erst dann, wenn eine negative Bewertung (Monographie) vorliegt.

Somit sind auch Befürchtungen gegenstandslos, daß die drei Sachverständigen der besonderen Therapierichtungen durch die Mehrheit der übrigen Institutsmitglieder überstimmt werden und damit die Aufnahme von Mitteln dieser Therapierichtungen in die Liste verhindert werden könnte.

Eine Gleichstellung mit den anderen Arzneimitteln erfolgt allerdings dann, wenn es sich um Arzneimittel solcher Indikationsgebiete handelt, die generell aus der Verordnungsfähigkeit zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen werden. ■

EAK: Frieden schaffen im ehemaligen Jugoslawien

Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) hat sich auf seiner Sitzung am 3. Mai mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien befaßt und dazu folgende Erklärung verabschiedet:

Gegenwärtig sind wir alle Zeugen eines Bürgerkrieges mitten in Europa, bei dem Menschen allein wegen ihrer Religions- oder Volkszugehörigkeit verfolgt, vertrieben und ermordet werden. Seit dem Ausbruch der Kämpfe sind laut UNICEF mehr als 3.000 Kinder unter 15 Jahren getötet, unzählige Frauen systematisch vergewaltigt worden und Menschen an Hunger und Kälte gestorben.

Einhaltung des Embargos

Wir fordern, alle erdenklichen Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft weiterzuführen, damit auf dem Verhandlungswege Friedensvereinbarungen erreicht werden. Mit aller Kraft muß gleichzeitig die Einhaltung des Embargos sichergestellt werden.

Die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien haben aber auch deutlich werden lassen, daß friedenserhaltende und friedensschaffende militärische Maßnahmen in Krisenregionen erforderlich werden

können. Die Diskussion um die Beteiligung deutscher Soldaten wirft wieder die Frage nach Gewissensentscheidungen aus dem Verständnis des Evangeliums auf. Der Gründer des EAK, Hermann Ehlers, hat die Gewissensnot wiederholt aufgegriffen und erkannt, „daß ein konsequenter Pazifismus eine zwar oft menschlich achtenswerte Haltung, aber nicht eine besonders christliche Haltung ist“.

Wir unterstützen die UNO

Für uns gilt auch heute: ein konsequenter Pazifismus kann für den EAK nicht die politische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit sein. Die Ablehnung eines möglichen Einsatzes deutscher Bodentruppen auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien beruht allein auf historischen Gründen.

Wir unterstützen die UNO in ihrer wachsenden Verantwortung bei friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen in Krisenregionen in verschiedenen Teilen der Welt. Nach der deutschen Einigung stellt sich auch die Frage nach der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft. Wir unterstützen daher eine Klarstellung im Grundgesetz, wie sie von den Koalitionsparteien vorgeschlagen wird. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich weder bei friedenserhaltenden noch bei friedensschaffenden Maßnahmen von den Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft ausschließen.

Ausland bestellt wieder mehr in Ostdeutschland

Die ostdeutsche Industrie hat im Februar 6,1 Prozent mehr Aufträge als im Vormonat erhalten. Dieser Zuwachs ging vor allem auf das Konto der Auslandsorder, die um 18,8 Prozent zunahmen, während sich die Aufträge des Verarbeitenden Gewerbes aus dem Inland nur um 3,2 Prozent erhöhten.

Kein Stop & Go in der Umweltpolitik

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist die in letzter Zeit wiederholt erhobenen Forderungen nach einem sogenannten „Moratorium“ in der Umweltpolitik als kurz-sichtige Stimmungsmache zurück.

Gerade aus Sicht der jungen Generation darf es kein „Stop & Go“ beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen geben. Ein Umwelt-Dumping kann niemals ein sinnvoller Ausweg aus einer wirtschaftlichen Schwächephase sein, da durch den Aufschub notwendiger Maßnahmen die Kosten zur Herstellung einer intakten Lebenswelt lediglich immens erhöht werden.

Eine moderne, leistungsstarke Volkswirtschaft ist ohne eine intakte Umwelt heute nicht mehr vorstellbar und mit den veränderten Bedürfnissen der Menschen auch nicht mehr vereinbar. Die Umweltqualität gilt anerkanntermaßen auch als ein wichtiger Standortfaktor, dessen Bedeutung immer mehr zunimmt. Eine vorübergehende Lizenz zur Umweltverschmutzung hätte verheerende politische Konsequenzen.

Eine Politik, die sich nicht genauso entschlossen für den großflächigen Naturschutz wie für wirtschaftliche Interessen einsetzt, verspielt wichtige Glaubwürdigkeit. Dies gilt auch für das deutsche Eintreten für die Rettung der biologischen Vielfalt in aller Welt, wenn im eigenen Land mittlerweile 50 Prozent der wildlebenden Tierarten vom Aussterben bedroht sind, weil ihre Lebensräume zerstört werden.

Wir bekennen uns zum High-Tech-Standort Bundesrepublik Deutschland mit Transrapid, Ariane und Airbus, aber wir wollen auch, daß unsere Seeadler, Fischotter, Hochmoore und Erlenbruchwälder

überleben können. Beides ist Deutschland.

Ein sogenanntes „Moratorium“ im Bereich der Umweltpolitik zerstörte gerade die notwendige Konstanz und Berechenbarkeit, die die Planungssicherheit für die Unternehmen erst ermöglichen. Erst eine Verstetigung der umweltpolitischen Initiativen schafft die Voraussetzung für eine umfassende Integration der Umweltschutzmaßnahmen in die betrieblichen Produktionsprozesse. Nur so kann der Prozeß weg von den sogenannten „End of pipe“-Technologien erfolgreich fortgesetzt werden.

Im übrigen wird die Bedeutung des Kostenfaktors „Umweltschutz“ in der aktuellen Standortdiskussion deutlich

**Von Steffen Kampeter,
Christian Ruck und Ronald
Pofalla, Mitglieder der Jun-
gen Gruppe der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

überschätzt. Nach einer Studie der Wirtschaftsforschungsinstitute RWI und DIW ist der Anteil der Umweltschutzausgaben am Bruttosozialprodukt von 1,6 Prozent im Jahr 1990 nicht als ein entscheidender Belastungsfaktor für die Standortqualität anzusehen. Auch die Angaben des Statistischen Bundesamtes, daß die Gesamtaufwendungen für Umweltschutz des produzierenden Gewerbes nur 0,7 Prozent des gesamten Produktionswertes im Jahr 1990 betragen, lassen nur diesen Schluß zu.

Nach Auffassung der Jungen Gruppe muß aber sichergestellt werden, daß der Umweltschutz nicht teurer als unbedingt

Tauziehen um die Finanzierung des Transrapid muß ein Ende haben

Anlässlich der aktuellen Diskussion zur Finanzierung der 1. Anwendungsstrecke für den Transrapid erklärte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Für die Öffentlichkeit kaum noch verständlich, wird die Frage der Finanzierung des Transrapid zwischen der Industrie und den Bundesressorts wie ein Schwarzer Peter hin- und hergeschoben.

Industrie und Bundesverkehrs- sowie Bundesforschungsministerium sind nunmehr aufgefordert, auf der Grundlage der vorgelegten Konzepte einen vernünftigen und für alle Seiten tragbaren Finanzierungsvorschlag vorzulegen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält die Magnetbahn Transrapid für ein zukunftsweisendes Transportsystem. Sie begrüßt es deshalb, daß die Bundesregierung diese Technik auf der Strecke Hamburg-Berlin zur Anwendung bringen will.

Unsere Fraktion hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie eine weitgehend privatwirtschaftliche Realisierung des Projekts für erforderlich hält.

Die derzeit vorliegenden Vorschläge der Industrie und Banken genügen dieser Zielvorstellung jedoch noch nicht. Die deutsche Wirtschaft ist deshalb aufgefordert, verbesserte Konzepte zu entwickeln, bei denen die wirtschaftlichen Chancen und Risiken der Strecke in angemessener Weise bei der Privatwirtschaft liegen.

Sollten die Wirtschaft und die Ressorts bis zum 31. 12. 1993 die Modalitäten für den Bau, den Betrieb und die Finanzierung der Magnetbahnstrecke Berlin-Hamburg nicht befriedigend geklärt haben, wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darauf drängen, daß die Förderung des Transrapid mit Forschungsmitteln unverzüglich eingestellt wird.

Eine weitere Förderung über die bisher aufgewandten ca. 1,6 Mrd. DM hinaus wäre dann nicht mehr zu rechtfertigen.

notwendig gemacht werde. Es muß verstärkt auf umweltpolitische Instrumente zurückgegriffen werden, die den Ablauf unverzichtbarer marktwirtschaftlicher Prozesse nicht mehr als unbedingt notwendig belasten. Kompensations- und Verhandlungsansätzen und berechenbaren Abgabenslösungen ist Vorrang einzuräumen. Es gilt, das immer kostentreibendere Vordringen der Umweltbürokratie einzudämmen und verstärkt private Initiativen zur Bewahrung der Schöpfung zu mobilisieren.

So muß vor allem die Dauer der Genehmigungsverfahren durch den politischen Konsens aller umweltpolitischen Verantwortungsträger auf ein vertragliches Maß reduziert werden.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß zeitgleich in Großbritannien und Deutschland in Angriff genommene Umweltschutzinvestitionen in Deutschland von den Behörden noch ausführlich geprüft werden, während dieselbe Anlage in Großbritannien schon Emissionen vermeiden hilft.

Biotechnologie und Gentechnik – Eckpfeiler für Standort Deutschland

Viele Menschen fragen nicht nach den Chancen, sondern vielmehr nach den Risiken der Gentechnologie. Dabei stellte diese Fragen zuerst nicht die Öffentlichkeit, sondern die beteiligte Wissenschaft selbst. Im Jahr 1975 fand in Asilomar (Kalifornien) eine Konferenz statt, auf der rund 140 Molekularbiologen aus 17 Ländern der Erde ausführlich und vorbehaltlos über Konsequenzen ihrer Arbeit diskutierten.

Sie beschlossen gezielte Sicherheitsmaßnahmen, durch die das Risiko gentechnischer Experimente eingegrenzt werden kann. Das führte z. B. in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland zu „Richtlinien zum Schutz vor Gefahren durch in-vitro-neukombinierte Nukleinsäuren“. Ziel dieser Richtlinien war und ist es, den Menschen, die mit dieser Technik arbeiten wollen, Regeln für einen sicheren Umgang in die Hand zu geben.

Das ständig erweiterte Wissen und die x-Millionen von durchgeführten Gentransfers in aller Welt haben überall zu der Einsicht und Ansicht geführt, daß von der Gentechnik — bei Beachtung der Richtlinien — keine Gefährdung ausgeht.

Fast ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland wird eine übersteigerte Diskussion um die Gefahren der Gentechnologie geführt. Gewalttätigkeiten gegen gentechnische Anlagen sind bekannt geworden. Die Hauptangst der Menschen beruht auf der Ansicht, daß mit Hilfe der Gentechnik völlig neue Lebewesen entstehen können. Diese Befürchtungen halte ich für unbegründet. Die Gentechniker sind glücklich, wenn sie eine neue Eigenschaft in einen Emp-

fängerorganismus einbringen können, ein neues Gen zu mehreren tausend vorhandener Gene. Auch die Gentechnik funktioniert nur im natürlichen biologischen System und kann daher nichts völlig Neues bewirken, das außerhalb dieses Systems liegt. Was sie allerdings kann, das ist die Überschreitung von Artgrenzen. So kann man die Erbinformation für eine bestimmte Eigenschaft von einem Säugetier auf ein Bakterium übertragen. Ethische Vorbehalte gibt es bei manchen Menschen gegen die Übertragung

Von Heinz Seesing, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestags- fraktion

menschlicher Gene auf Säugetiere, aber auch schon auf Mikroorganismen und Pflanzen. Nur: auch der Mensch ist ein Stück dieser Natur.

Ich spreche mich für eine verantwortliche Nutzung der Möglichkeiten der Gentechnologie aus. Das heißt: nicht alles, was machbar ist, darf getan werden. Ich halte die Gentechnologie für ein Instrument des Fortschritts. Wahrer Fortschritt wird aber nur erreicht, wenn moralische Grenzen nicht überschritten werden.

Aus all diesen Gründen hat sich die Bundesrepublik Deutschland ein Gentechnikgesetz gegeben. Nach zwei Jahren Gültigkeit des Gentechnikgesetzes haben wir feststellen müssen, daß es so in Deutschland nicht weitergehen kann. Der unveränderte Fortbestand der bestehenden gesetzlichen Regelungen sowie der Vor-

Kommissionsbericht sorgfältig beraten

Zu Pressemeldungen über den Abschlußbericht der sogenannten Diätenkommission erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster:

Einige Pressemeldungen zum bevorstehenden Abschlußbericht der sogenannten Diätenkommission erwecken den Anschein, als seien die Anhebung der Abgeordnetenentschädigung und die Kürzung des Übergangsgeldes und eine Neuregelung der Altersversorgung für Abgeordnete bereits eine beschlossene Sache. Dies ist nicht richtig.

Vorlage Anfang Juni

Die Vorlage des Abschlußberichtes der Diätenkommission an die Frau Bundestagspräsidentin wird für Ende

Mai/Anfang Juni erwartet. Danach werden sich die parlamentarischen Gremien mit diesem Bericht befassen und ihn sorgfältig beraten. Dabei werden auch die bisher nicht im Parlament erörterten umfangreichen Empfehlungen der Sachverständigenkommission von 1990 miteinbezogen werden müssen.

Öffentliche Anhörungen

Weil die Diätenkommission von 1992 und die Sachverständigenkommission von 1990 hinter verschlossenen Türen getagt haben, könnten vor parlamentarischen Entscheidungen öffentliche Anhörungen notwendig werden. Da die Empfehlungen in die Zukunft gerichtet sind, werden bei einer eventuellen Neuregelung bisher erworbene Rechte nicht tangiert.

zugspraxis stellen eine Gefährdung des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland dar. Bei einer Novellierung der gesetzlichen Grundlagen müssen Mensch und Umwelt selbstverständlich auch weiterhin einen eindeutigen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Im Bereich der Gentechnik sind aber weltweit wissenschaftliche Erkenntnisse zugewachsen, die zu einer präziseren Bewertung von Risikopotentialen geführt haben, so daß eine Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung ohne Abstriche beim Schutz von Mensch und Umwelt vertretbar ist. Das deutsche Gentechnikgesetz ist zwar ein geeigneter Rahmen für den Schutz von Gesundheit und Umwelt sowie für die sichere Nutzung der Gentechnik in

Forschung und Industrie. Das Ziel der Förderung der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten von Gentechnik hat das Gesetz jedoch nicht hinreichend erreicht! Dies bestätigen zweieinhalb Jahre Erfahrungen mit dem deutschen Gentechnikrecht.

Schnell und unbürokratisch

Der Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland erfordert dringend die Entbürokratisierung und Beschleunigung gentechnikrechtlicher Genehmigungs- und Anmeldeverfahren. Bürokratischer Aufwand und Gefährdungspotential einer gentechnischen Anlage bzw. gentechnischer Arbeit müssen in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden. ■

CDU will in ganz Niedersachsen gleichwertige Lebensverhältnisse

Für ein positives Miteinander von Stadt und Land hat sich der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU für die Landtagswahl 1994, Christian Wulff, auf einer Pressekonferenz in Hannover ausgesprochen.

Ein solches Miteinander Sorge dafür, daß aus Verschiedenheit kein Gegeneinander, sondern Anziehungskraft und fruchtbare Zusammenarbeit erwächst.

Wulff wendet sich damit gegen die Politik der Regierung Schröder, die mit dem Entwurf ihres Landesraumordnungsprogramms dem ländlichen Raum die Entwicklungsmöglichkeiten nimmt und das Gewicht unüberlegt auf eine Konzentration von Arbeiten, Wohnen und Verkehr in den Ballungsräumen und Zentren verlagert.

Die SPD knüpfe damit an die Planungsgläubigkeit der SPD in den 70er Jahren an. Christian Wulff: Wer in den ländlichen Räumen im wesentlichen nur die Funktionen Natur, Erholung und Freizeit konzentriert, genügt nicht den Anforderungen, die der Strukturwandel in der Landwirtschaft stellt, er verschärft sogar die Strukturprobleme.

Es sei insbesondere nicht akzeptabel, wenn die Entwicklung des Personennahverkehrs für die zentralen Räume ausge-

baut, aber für den ländlichen Raum lediglich gesichert oder verbessert werden soll.

Da es im ländlichen Raum auch in Zukunft nicht ohne Individualverkehr gehen wird, ist hier sogar der Straßenbau weiterhin notwendig.

Einseitige Bevorzugung

Und wenn die Ansiedlung neuer, die Erweiterung, Umstrukturierung und Verlagerung bestehender Arbeitsstätten des produzierenden Bereichs vorrangig in den Ober- und Mittelzentren gesichert werden soll, wie es die SPD will, dann werden weite Bereiche Niedersachsens von der Ansiedlung neuer oder der Erweiterung bestehender Arbeitsstätten ausgeschlossen.

Schließlich kritisiert Wulff die Denkweise der Schröder-Regierung, deren Raumordnung so tut, als gebe es keine Entwicklungen über die Ländergrenzen hinaus. Weder werden die Wechselwirkungen (Pendlerströme usw.) zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt noch zwischen Niedersachsen und den Niederlanden positiv aufgegriffen. Wulff: Weshalb nicht ein gemeinsames Nahverkehrskonzept Hannover-Braunschweig-Magdeburg?

Helmut Kohl: Fundament für eine gute Zukunft

Ein erfolgreicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern ist das Fundament für eine gute Zukunft für unser ganzes Vaterland. Einen schwierigen Teil dieser Aufgabe haben wir nicht zuletzt der engagierten Arbeit der Treuhandanstalt zu verdanken. Die Zeichen

des Aufbruchs sind trotz Konjunkturschwäche deutlich erkennbar.

Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Verleihung des Hanns-Martin-Schleyer-Preises an die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel

Evangelische Unternehmer beim EAK: Standort Deutschland sichern

Auf Einladung von Ministerin Angela Merkel, Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, trafen sich am 10. Mai evangelische Unternehmer der Region Köln zu einem Erfahrungsaustausch in Bonn.

Einigkeit bestand darin, daß mit der Deutschen Einheit die Chance genutzt werden muß, überfällige Korrekturen in Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen, um den Standort Deutschland für die Zukunft zu sichern. Das Verhältnis von Eigenverantwortung und Rechtsansprüchen muß neu auch aus christlicher Verantwortung bedacht werden. Schwerpunkt des mehrstündigen Arbeitsgesprächs bildeten die Kommunikationsstrukturen zwischen Kirche und Politik, das Verhältnis von Kirche und Politik zur Wirtschaft sowie Fragen der Glaubwürdigkeit der Politik.

Bundesministerin Merkel unterstrich die gesellschaftliche Notwendigkeit, das gegenseitige Verständnis zwischen Kirche, Politik und Unternehmerschaft zu fördern. Dies sei in der gegenwärtigen Situation des wiedervereinigten Deutschlands wichtiger denn je.

Konstruktiver Dialog

Die evangelischen Unternehmer der Region Köln/Leverkusen sind Mitglieder im „Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer“ in der Bundesrepublik Deutschland (AEU), der im Jahre 1966 gegründet wurde und sich hauptsächlich für einen konstruktiven Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft einsetzt.

Es wurde vereinbart, den Dialog zwischen den beiden Arbeitskreisen über aktuelle Fragen in naher Zukunft fortzusetzen.

Umweltpolitik auf dem Prüfstand

Zum 3. Umweltforum der CDU hat Generalsekretär Peter Hintze für Freitag, den 28. Mai, in das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eingeladen.

„Stellt das neue CDU-Grundsatzprogramm die Weichen für die Ökologie richtig?“ lautet die Frage, die in einem Streitgespräch mit Bundesumweltmi-

nister Klaus Töpfer beantwortet werden soll.

3. Konferenz der Umweltbeauftragten

Am selben Tag ab 16.00 Uhr findet ebenfalls im Konrad-Adenauer-Haus die 3. Konferenz der Umweltbeauftragten der CDU statt. Die Themen: „Umweltpolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ und „Glaubwürdigkeit in der umweltpolitischen Arbeit vor Ort“.

Organisatorische Rückfragen an: Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 5 44-5 27

Neumitglieder zur Diskussion eingeladen

Auch die CDU Schleswig-Holstein will in diesem Jahr mit möglichst vielen Gruppierungen den neuen Grundsatzprogramm-Entwurf beraten, der von der Grundsatzprogramm-Kommission unter der Leitung von Reinhard Göhner vorgelegt worden ist.

Landesgeschäftsführer Jochen von Allwörden: Wir wollen darüber diskutieren, wie wir von unseren Grundsätzen her unsere Politik künftig anlegen und Antworten auf die sich tiefgreifend verändernde politische und gesellschaftliche Situation am Ende des 20. Jahrhunderts finden. Viele Menschen erwarten von der Politik Leitlinien, klare Auskünfte über den Weg in die Zukunft, eindeutige Standpunkte und Orientierung.

Die CDU Schleswig-Holstein möchte bei dieser Gelegenheit insbesondere ihre Neumitglieder an der Diskussion beteiligen. Allwörden: Sie haben hier eine hervorragende Möglichkeit, an der Neudefinition unserer Grundpositionen und Ziele mitzuwirken.

Auch in Schleswig-Holstein: Grundsatzprogramm-Kommission

Seit dem 19. Januar gibt es im schleswig-holsteinischen Landesverband — wie auch in der CDU Niedersachsen — eine eigene Grundsatzprogramm-Kommission, die die Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden aktivieren und begleiten will.

In der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Abteilung Frauen- und Familienpolitik, ist eine Teilzeitstelle ($\frac{2}{3}$ oder $\frac{1}{2}$)

eines Referenten/ einer Referentin

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Wir erwarten

- Kenntnisse in der Frauen- und Familienpolitik,
- organisatorische und konzeptionelle Fähigkeiten,
- einen guten Sprach- und Briefstil,
- Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit,
- überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft.

Der Bewerber/die Bewerberin soll analytisch und konzeptionell arbeiten können sowie eigenständig Konferenzen, Fachtagungen, Anhörungen und Arbeitsgruppensitzungen vorbereiten und durchführen. Er/sie soll auch den Aufbau der Frauen-Union in den neuen Bundesländern unterstützen.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Frau Ingrid Sehrbrock, Telefon (02 28) 54 43 14-3 15, zur Verfügung.

Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an die

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
– Abteilung Personal –
Friedrich-Ebert-Allee 73–75
5300 Bonn 1**

CDU-Faltdisplay aktuell einsetzen



Nutzen Sie die Möglichkeit dieses Faltdisplays und bestücken Sie es mit jeweils aktuellen Materialien. Bestellen Sie es bei:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Abt. Information: Herrn Geiser
 Friedrich-Ebert-Allee 73-75
 5300 Bonn 1
 Telefon: (0228) 544-379
 Fax: (0228) 544-372.
 Preis: 96,40 DM zuzügl. MwSt.

Hier ein Vorschlag, wie man das CDU-Faltdisplay für die Grundsatzprogramm-Diskussion nutzen kann. Das nebenstehende Bild zeigt, wie Sie mit wenigen Handgriffen das Faltdisplay in einen Grundsatzprogramm-Infostand umwandeln können. Hier ist insbesondere darauf zu achten, daß folgende Materialien im Wechsel zum Einsatz kommen: das Grundsatzprogramm als Zeitung, das Grundsatzprogramm in gebundener Form sowie die verschiedenen Arbeitsmaterialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion:

- **Im Gespräch:**
 Ein neues Grundsatzprogramm.
 Diskussionsentwurf
 Bestell-Nr.: **3569**
 Verpackungseinheit: 10 Stück
 Preis pro Einheit: 19,50 DM.
 - **Das Grundsatzprogramm**
 als Zeitungsdruck
 Bestell-Nr.: **2573**
 Verpackungseinheit: 100 Exemplare
 Preis je Einheit: 25,— DM.
 - **Leitfaden zur Grundsatzprogramm-**
 Diskussion (Materialien 1)
 Bestell-Nr.: **3570**
 Verpackungseinheit: 10 Exemplare
 Preis je Einheit: 13,— DM.
 - **Materialien 2:**
 Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen
 Bestell-Nr.: **3574**
 Verpackungseinheit: 5 Exemplare
 Preis je Einheit: 29,50 DM.
 - **Materialien 3: Die CDU und das „C“**
 Bestell-Nr.: **3575**
 Verpackungseinheit: 5 Exemplare
 Preis je Verpackungseinheit: 18,50 DM
- Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold
Fax (05423) 4 1521

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

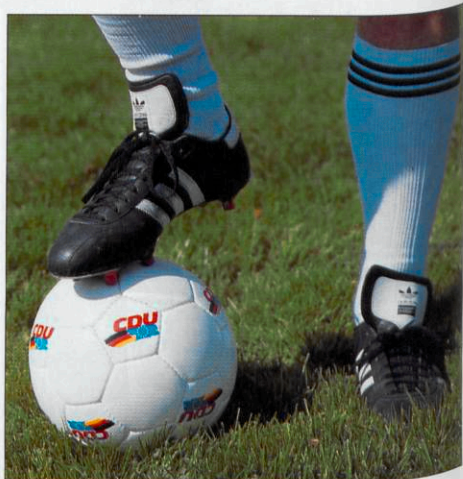
Preissenkung: Lederfußball jetzt billiger

Den seit langer Zeit bewährten CDU-Lederfußball erhalten Sie jetzt mit dem hochaktuellen CDU-Eurologo (siehe Abb.). Für dieses exklusive Werbemittel gibt es einige Aktionsbeispiele, wie z. B. - Freundschaftsspiele, Torwandschießen oder Versteigerung handsignierter Bälle, die Sie entweder alleine oder anlässlich eines Sommerfestes durchführen können.

Dies alles kombiniert mit einem karitativen Zweck, und Ihr CDU-Verband ist sicherlich ein weiteres Mal in den (positiven) Schlagzeilen der Lokalpresse.

Und damit es jetzt keine Ausreden mehr gibt, senken wir, bedingt durch günstigen Einkauf, den Verkaufspreis ab sofort um 13,20 DM auf 25,80 DM.

- Bestell-Nr.: 9614
- Verpackungseinheit: 1 Ball
Preis je Verpackungseinheit: 25,80 DM
incl. Versand zuzügl. MwSt.



Bestellungen an:
per Fax: (054 23) 41521
oder
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

16/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühthe, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.